

Rechnung 20: Parteien einverstanden mit Reservenbildung

Reaktionen Der auf den ersten Blick erneut erfreuliche Rechnungsabschluss sei wiederum wegen ausserordentlicher Einnahmen zustande gekommen und täusche «über die andauernde Misere hinweg», kritisiert die SVP die Rechnung 2020. Die diversen Programme der vergangenen Jahre, welche die Staatsausgaben hätten senken sollen, zeigten immer noch keine Wirkung. Der Aufwand sei gar erneut gestiegen. Die SVP ist aber einverstanden, den Überschuss vorerst in die Ausgleichsreserve zu legen, und fordert tiefere Steuern für Private und Wirtschaft.

Demgegenüber ist die SP «verhalten erfreut». Das Ergebnis zeige aber «einmal mehr eine verfälschte Sicht der Dinge, die sich durch gewichtige Sondereffekte ergibt». Die SP ist dafür, den Überschuss in die Ausgleichsreserve zu legen. Präsidentin Gabriela Suter sieht aber «in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales sowie Umwelt grossen Handlungsbedarf». Die von den Bürgerlichen angestrebte Steuersenkung für Firmen und die Erhöhung der Versicherungsabzugs sei «verantwortungslos», so die SP.

Erfreut ist die FDP. Sie begrüsst den Schuldenabbau um 107,1 Millionen Franken. Es wäre aber noch mehr möglich gewesen, die Ausgleichsreserven seien hoch, so die Liberalen. Daher fordern sie umgehend Massnahmen, um die Standortattraktivität zu fördern. Grossrat Silvan Hilfiker: «Der Staat soll nicht Vermögen anhäufen.» Die Gewinnsteuersätze seien so zu senken, dass der Kanton Aargau diesbezüglich künftig im vorderen Mittelfeld steht.

Das verlangt auch die Aargauische Industrie- und Handelskammer. Sie ist über das sehr gute Ergebnis erfreut «und fordert angesichts dieser finanzpolitischen Ausgangslage erst recht, die Gewinnsteuern zu senken und die Unternehmen zu entlasten».

Zur Stabilisierung des Finanzhaushaltes brauche man Planungssicherheit und Handlungsspielraum, schreibt Die Mitte. Auch sie erwartet, dass sich die Auswirkungen der Pandemie erst ab diesem Jahr in den kantonalen Finanzen niederschlagen werden. Grossrat Ralf Bucher fordert, «dass der Kanton den durch die Coronakrise betroffenen Unternehmungen stärker entgegenkommt. So soll die Umsatzrückgangsschwelle für Firmen von 25 auf 20 Prozent reduziert werden.»

Es sei absehbar, dass künftig die Steuereinnahmen die budgetierten Werte nicht erreichen werden, schreiben die Grünen. Bereits zeichne sich ab, «dass wir künftig mehr investieren müssen in Fachkräfte der Pflegeberufe und in eine höhere Selbstversorgung im Bereich der Impfstoffe und Schutzmaterialien». Die Grünen fordern Zusatzinvestitionen zur Bewältigung der Klimakrise. Eine Senkung der Gewinnsteuer zeuge von «einer krassen Fehleinschätzung der Finanzlage».

Die GLP schreibt: «Nun gilt es, gezielt zu investieren, um einem Konjunkturunbruch etwas entgegenzuwirken und unseren Kanton fit für die Zukunft und die Herausforderungen im Klimabereich zu machen.» Deshalb solle man jetzt nicht zusätzliche Schulden abbauen. Die GLP will einen antizyklisch agierenden Staat und den Überschuss in die Ausgleichsreserve legen.

Erfreut zeigt sich die EVP. Sie hebt aber sogleich den Mahnfinger und schreibt: Die EVP unterstützt die Zuweisung des Überschusses in die Ausgleichsreserve. Sie lehnt aber die bürgerlichen Begehren nach Steuersenkungen im Umfang von jährlich 138 Millionen Franken ab. (mku/cr)